

# Grenzen zeichnen – Die Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“\*

Philipp Kuebart

## Zusammenfassung

In Form eines virtuellen Rundgangs beschreibt Philipp Kuebart die Wanderausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“. Zu den einzelnen Ausstellungsteilen, die verschiedene Maßnahmen der Einsperrung und Ausgrenzung von Asylbewerber\_innen und Geduldeten in Deutschland behandeln, werden die maßgeblichen Inhalte vorgestellt, während parallel auch die Entstehung des Projekts und die vor allem darstellungsmethodischen Entscheidungen nachvollziehbar gemacht werden. Die Beschreibung der bisherigen Wirkung beim Publikum wird, nach der Zerstörung der Ausstellung, ergänzt durch Überlegungen zum geplanten Wiederaufbau.

Deutschland in Zeiten eines zusammenwachsenden Europa: ein ungeteiltes Land mit offenen Grenzen zu seinen Nachbarstaaten? Ein ganz anderes Bild bietet sich Asylbewerber\_innen und Menschen, die mit dem Status der Duldung in der Bundesrepublik leben.

Nicht nur auf dem Weg nach Europa und Deutschland, sondern auch nach der Stellung eines Asylantrages existieren zahlreiche Mechanismen der Einsperrung und Ausgrenzung, die angefangen mit der bundesweiten *Umverteilung* von Asylbewerber\_innen nach der Antragstellung und anschließender Zwangsunterbringung in Flüchtlingsheimen und -lagern über *materielle und medizinische Unterversorgung* (oft in Verbindung mit Sachleistungsprinzip oder Gutscheinsystemen anstelle von Bargeldleistungen) bei gleichzeitigem *Ausbildungs- und Arbeitsverbot* bis zur sogenannten *Residenzpflicht* und deren Durchsetzung

---

\* Dieser Text bezieht sich auf die ursprüngliche zwischen Juni 2009 und Januar 2010 gezeigte Ausstellung. Neu überarbeitet und erweitert ist „Residenzpflicht – Invisible Borders“ seit Juli 2010 als Wanderausstellung zu sehen. Mehr Informationen unter: <http://www.invisibleborders.de>.



Abb. 1 und 2: Ein kleiner Schritt für viele, eine Straftat für Flüchtlinge – Tatort Grenze.

mit Hilfe von Polizeikontrollen reichen. Die Residenzpflicht bedeutet, dass Asylbewerber\_innen für die Dauer des Asylverfahrens<sup>1</sup> den ihnen zugewiesenen Landkreis nur mit schriftlicher Genehmigung der zuständigen Ausländerbehörde verlassen dürfen.<sup>2</sup> Nach Abschluss des Verfahrens ist für abgelehnte Asylbewerber\_innen, die nicht abgeschoben werden dürfen und den Status der *Duldung* erhalten, der Aufenthaltsbereich in der Regel auf das Bundesland begrenzt, kann jedoch von der Ausländerbehörde auf das Kreis- oder sogar Gemeindegebiet weiter beschränkt werden. Rein administrative Gebietsauftei-

<sup>1</sup> Die Anerkennung bzw. Ablehnung von Flüchtlingen erfolgt in Deutschland im Asylverfahren zunächst durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), beim Einlegen von Rechtsmitteln teilweise auch durch Gerichte. Es wird zum einen die Gewährung von politischem Asyl gemäß Art. 16a GG, zum anderen die auf der Genfer Flüchtlingskonvention basierende Gewährung von Flüchtlingsschutz gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG bzw. von sogenanntem subsidärem Schutz gemäß der in § 60 Abs. 2–7 AufenthG festgelegten Abschiebeverbote geprüft. Bis zur endgültigen Entscheidung vergehen durchschnittlich etwa 18 Monate, während derer die Antragsteller\_innen eine Aufenthaltsgestattung erhalten und meist in Flüchtlingsheimen oder -lagern zwangsuntergebracht sind. In den meisten Fällen wird kein Schutzgrund oder Abschiebeverbot anerkannt und der oder die Antragsteller\_in wird damit „ausreisepflichtig“. In bestimmten Fällen besteht ein Anrecht auf eine sogenannte *Duldung*, bei der die Ausreisepflicht bestehen bleibt, eine gewaltsame Abschiebung jedoch vorerst nicht durchgeführt wird.

<sup>2</sup> Der Begriff „Residenzpflicht“ ist sprachlich ungenau und irreführend, da damit nicht allein der Ort des Wohnsitzes festgelegt, sondern ganz allgemein der Ort des (auch kurzzeitigen) Aufenthaltes beschränkt wird. Es handelt sich also eher um einen oft viele Jahre bestehenden Hausarrest auf das festgelegte Gebiet.

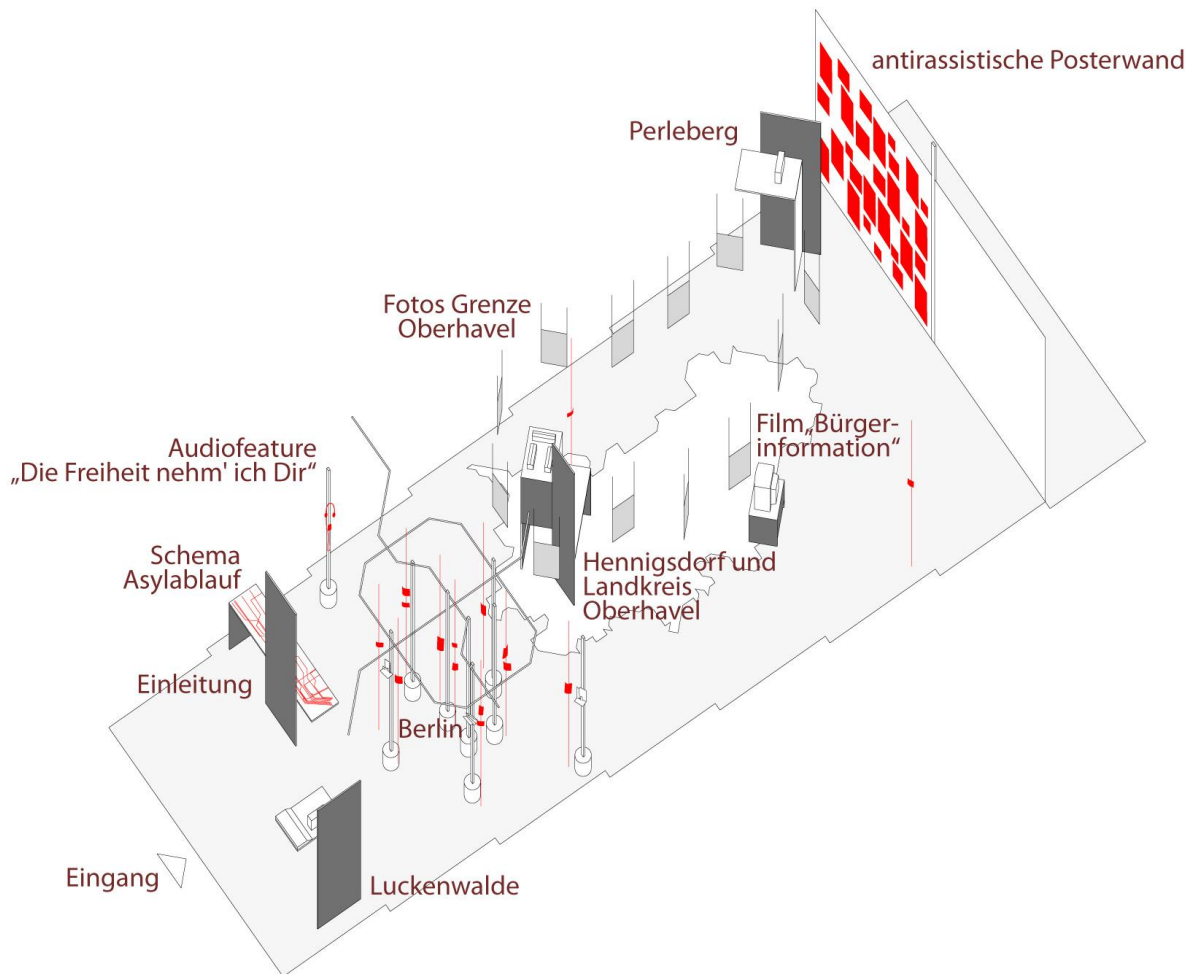


Abb. 3: Isometrie der Ausstellung

lungen werden damit für einen Ausschnitt der Bevölkerung zu tatsächlichen räumlichen Grenzen, während der überwiegende Teil der Gesellschaft sie problemlos passieren kann.

Der Wunsch, die sozialen und sozialräumlichen Auswirkungen dieser Mechanismen zu thematisieren war Ausgangspunkt der Ausstellung *Residenzpflicht – Invisible Borders*, die hier in Form eines kleinen Rundgangs vorgestellt werden soll. In einem thematischen Spagat wird dabei der Schwerpunkt abwechselnd bei den Inhalten der Ausstellung und den Darstellungsmethoden liegen.

Da die Ausstellung im Rahmen meiner Diplomarbeit im Fach Architektur entstand, lag die Betonung auf räumlichen Fragestellungen: einerseits bei den Orten der (Zwangs-) Unterbringung, andererseits aber auch bei Möglichkeiten zur Nutzung und Aneignung anderer Räume sowie dem gezielten

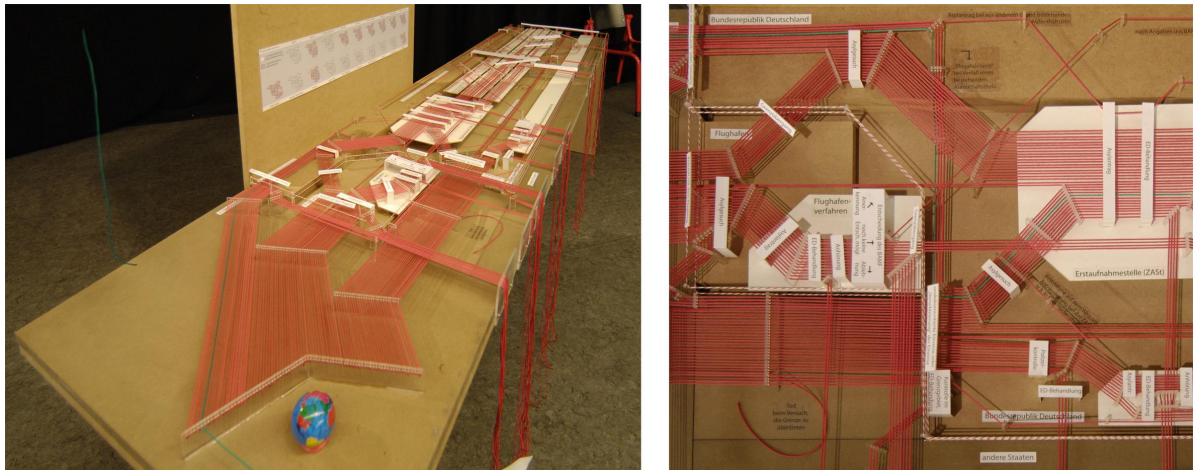


Abb. 4: schematisches Modell des Asylverfahrens mit Orten der (Zwangs-) Unterbringung

Ausschluss von bestimmten Orten, der unter anderem durch die Beschränkung der Bewegungsfreiheit stattfindet. Um diese Aspekte sowohl einzeln als auch in ihrem Zusammenwirken darstellen zu können, bildet die Ausstellung eine Collage verschiedener Modelle und Medien, die entsprechend der geografischen Lage der untersuchten Orte angeordnet den Ausstellungsraum zu einer Art begehbaren Landkarte machen.

## Das Asylverfahren

Die einleitenden Tafeln dienen als erster Überblick über die untersuchten Maßnahmen sozialer und räumlicher „Grenzziehungen“ und erklären, wer von davon betroffenen ist.

Vor diesen Informationen steht ein schematisches Modell (Abb. 4), in dem mit Hilfe von etwa Hundert roten Fäden beispielhafte Wege durch das Asylverfahren dargestellt sind. Verschiedene Ebenen stehen für die Orte der (Zwangs-) Unterbringung bzw. für einen Aufenthalt mit regulärem Aufenthaltstitel oder auch das Leben in der „Illegalität“.

Einer der Fäden ist grün eingefärbt und der Weg, den er zeigt, wird in einer Geschichte detailliert beschrieben. Dieses Beispiel ist keine reale Lebensgeschichte, sondern ein möglichst realistisch konstruierter Fall.

Obwohl viele Ausstellungen stark mit Lebensgeschichten einzelner Menschen arbeiten und über Identifikationsfiguren leichter zugänglich sind, habe ich mich grundsätzlich gegen diese Form der Darstellung entschieden. Zum einen

wollte ich nicht die Position haben, als Ausstellungsmacher aus der Perspektive des weißen deutschen Studenten Geschichten von Menschen zu erzählen, die häufig sehr persönliche Aspekte beleuchten, zum anderen handelt es sich bei Vergehen gegen aufenthalts- oder arbeitsrechtliche Vorgaben häufig um strafbare Handlungen, so dass es auch dem Schutz der Interviewpartner\_innen vor weiterer Repression dient, sie nicht identifizierbar zu machen. Schließlich geht man damit auch ein Stück weit der Gefahr aus dem Weg, dass Geschichten als einzelne „Extremfälle“ gelesen werden und nur für den konkreten Einzelfall Empathie geweckt wird. Den Versuch, möglichst systematisch die Verfahrensweise als Ganzes abzubilden, verstehe ich als Experiment, mit dem ich nach wie vor die Hoffnung verbinde, bei den Besucher\_innen Kritik zu bekräftigen, die sich auf diese allgemeine Situation bezieht und unabhängig von persönlicher Sympathie als menschenunwürdig wahrgenommen wird.

Im Rahmen des Modells hat der (konstruierte) Beispielfall außerdem die praktische Funktion, die Systematik der Darstellung verständlich zu machen und einzelne Begriffe und Verfahrensschritte zu erklären.

Bei all der Abstraktion hoffe ich, dass verglichen mit klassischen Pfeil- oder Flussdiagrammen gerade die einzelnen Schnüre klar werden lassen, dass das gesamte Schema aus den Lebensgeschichten einzelner Menschen besteht.

Die immer wieder fremdbestimmt umgelenkten Wege verweisen dabei auf die fast undurchschaubare Komplexität des Verfahrens und den fortwährenden Druck bzw. Zwang zur Ausreise aus Deutschland. Andererseits enthält die Darstellung auch (Aus-) Wege in einen regulären Aufenthaltsstatus, etwa über eine Hochzeit oder ein gemeinsames Kind mit einer/einem Deutschen (oder Gleichgestellten), was in offiziellen Schemata in aller Regel ausgeblendet wird, und den Schritt in die Illegalisierung, um dem Alltag der Flüchtlingsheime und -lager zu entkommen.

Dargestellt sind auch die Einreisewege nach Deutschland, da diese spätestens seit der Grundgesetzänderung 1993<sup>3</sup> maßgebliche Bedeutung dafür haben,

---

<sup>3</sup> 1993 wurde der Art. 16a GG dahingehend geändert, dass insbesondere Ausländer\_innen, die über einen Staat der EG/EU oder einen anderen sogenannten „sicheren Drittstaat“ eingereist sind, in Deutschland nicht asylberechtigt sind. Siehe auch Heinhold 2007, S. 14: „Mit der Billigung der Grundgesetzänderung des Art. 16a GG hat das Bundesverfassungsgericht die faktische Abschaffung des Asylgrundrechts eingeleitet. [...] Seitdem steht nicht mehr der Mensch, sondern das staatliche Interesse im Mittelpunkt des Flüchtlingsrechts. Die Lösungsansätze und Regelungen fragen nicht mehr danach, wie man vernünftigerweise am besten, effektivsten und von mir aus auch am billigsten dem Flüchtling helfen kann, sondern danach, wie man diese „Last“ vom Staat abwälzen kann.“

ob Deutschland überhaupt ein Asylverfahren durchführt, oder ob es eine\_in Antragsteller\_in in ein zuvor betretenes Transitland schickt, um dort Flüchtlingsschutz zu beantragen.

Die Übertretung nationaler Grenzen ist auch Thema des in der Ausstellung zu hörenden Audiofeatures „*Die Freiheit nehm' ich Dir!*“<sup>4</sup> vom Arbeitskreis *NoFortressEurope* der Naturfreundejugend Berlin. Durch die Gegenüberstellung von immer strenger gegen „unerwünschte“ Migrant\_innen abgeriegelten EU-Außengrenzen einerseits und der zunehmend selbstverständlich in Anspruch genommenen Möglichkeit für europäische Staatsbürger\_innen zu internationalem und interkontinentalem Tourismus andererseits rückt die selektive Wirkung von Grenzen auch auf europäischer Ebene ins Bewusstsein.

Die weiteren Teile der Ausstellung beschäftigen sich dann im Detail mit der Situation in Deutschland, wobei die Tatsache, dass gerade die europäische Migrationsabwehr einen zentralen Einfluss darauf hat, wer überhaupt nach Deutschland kommen kann und unter welchen Voraussetzungen, immer im Hintergrund mitgedacht werden sollte.

## Das Flüchtlingsheim in Luckenwalde

Mit einem Modell im Maßstab 1:200 wird das Flüchtlingsheim in Luckenwalde, etwa 40 Kilometer südlich von Berlin gelegen, vorgestellt. Die städtebauliche Lage in einem Industriegebiet am Rande der Stadt lässt sich ebenso wie einige Fußwege in die Innenstadt, zur Ausländerbehörde, zum Bahnhof oder zum nächsten Supermarkt anhand eines Stadtplanes beurteilen.

Schon in der Auswahl der abgebildeten Wege zeigt sich die allgegenwärtige Gefahr einer solchen Ausstellung, Flüchtlinge primär als passive Objekte in gelenkten Bahnen zu beschreiben und auf ihre Opferrolle festzuschreiben. Da es tatsächlich ein zentrales Ergebnis der Restriktionen ist, dass Flüchtlinge massiv durch die Verwaltung und Regeln fremdbestimmt werden, halte ich es für wichtig, dies auch darzustellen, trotzdem sollte dabei immer auch auf verbleibende und erkämpfte Handlungsmöglichkeiten hingewiesen und vorhandener Widerstand dokumentiert werden.

In Luckenwalde existiert ein in diesem Zusammenhang wichtiges Projekt, näm-

---

<sup>4</sup> Das Audiofeature „*Die Freiheit nehm' ich Dir – Über die Ungleichheit des Reisens*“ steht zum Download unter: <http://www.naturfreundejugend-berlin.de/node/70?q=node/77> (10. 11. 2011).



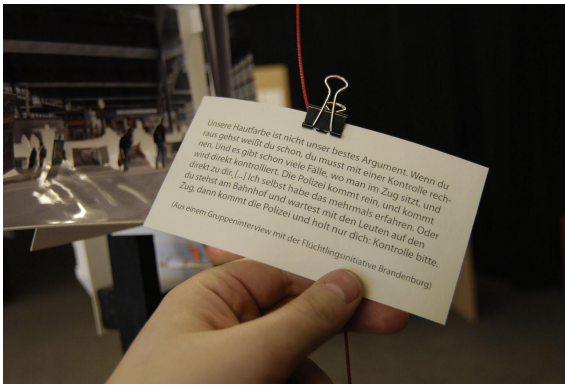


Abb. 5 und 6: Zitate und Modelle zu Polizeikontrollen in Berlin

lich ein Internetcafé in einem Raum des Flüchtlingsheims, das von *Refugees Emancipation*, einem Verein selbstorganisierter Flüchtlinge, betrieben wird. In einem Interview erläutern die Aktivist\_innen von Refugees Emancipation ihr Konzept, die erzwungene Isolation von Flüchtlingen durch kostenlose Angebote zur Kommunikation und zur Weiterbildung durchbrechen zu helfen. Computerkurse, aber auch andere Bildungsangebote und die Produktion von Internetradiosendungen umgehen Ausbildungs- und Arbeitsverbote, bieten die Chance zur (Selbst-) Qualifizierung und erhöhen durch entstehende Kontakte oder weiterführende Kurse auch die Bewegungsradien der Teilnehmer\_innen. Seit 2003 konnten insgesamt fünf solcher Internetcafés als Freiräume innerhalb der ansonsten durch Fremdbestimmung dominierten Flüchtlingsheime in Brandenburg eingerichtet werden. Externe Unterstützer\_innen leisten in diesem Rahmen durch die Bereitstellung von Infrastruktur, das Angebot von Fortbildungskursen oder in der Öffentlichkeitsarbeit praktische Hilfe zum Empowerment.

## Jenseits der Residenzpflicht: Berlin

Der anschließende Teil der Ausstellung beschreibt in erster Linie Situationen, die sich für Flüchtlinge aus den umliegenden Landkreisen ergeben, wenn sie ohne behördliche Genehmigung für einen temporären Besuch, oder auch um dauerhaft dort zu leben, nach Berlin kommen. Zitate aus Gesprächen mit Flüchtlingen (Abb. 5) geben einen Einblick in Erfahrungen, die mit sogenannten „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ durch die Polizei zusammenhängen und die zeigen, wie die Übertretung der Residenzpflicht bewusst oder unbe-

wusst zum Akt individuellen Widerstands wird. Besonders deutlich wird dabei die Rolle des *Racial Profiling*, also der zwar offiziell geleugneten aber täglich erfahrbaren Tatsache, dass die Polizei verstärkt Menschen kontrolliert, die sie als nicht deutsch einordnet. Solche Kontrollen finden häufig in Zügen und an Bahnhöfen oder S- und U-Bahnstationen statt, aber auch in Parks, vor Kirchen oder sogar in Privatwohnungen. Die Zitate sollen sichtbar machen, dass Orte, die alltäglich und selbstverständlich auch von vielen Ausstellungsbesucher\_innen genutzt werden, für einen Teil der Bevölkerung zu Angsträumen und Orten der Gefahr werden. Neben den Zitaten stehen Modelle aus räumlich verklappten Fotos dieser Orte (Abb. 6), die einerseits einen spielerischen Blickfang zur Orientierung bieten, andererseits aber auch auf eine andere Wahrnehmungsebene dieser Räume verweisen, bei denen verdeckte Bereiche plötzlich zu potentiellen Orten der Kontrolle oder zu möglichen Verstecken werden.

Dieser Ausstellungsbereich ist verhältnismäßig eng, was bedeutet, dass sich die Besucher\_innen durch die Modelle hindurchschlängeln und die Zitate selbst in die Hand nehmen. Zum Teil muss man sich außerdem unter von der Decke abgehängten Rohren ducken, welche die wichtigsten Bahn- und S-Bahnlinien nachzeichnen. Die Körpergröße dient dabei als Kriterium, wer von dieser „Einschränkung“ betroffen ist und wer nicht.

## **Der Landkreis Oberhavel und das Flüchtlingsheim in Hennigsdorf**

Für den Landkreis Oberhavel, der direkt nördlich an Berlin angrenzt, sind verschiedene Aspekte genauer beschrieben. Zunächst das Heim in Hennigsdorf selbst mit Zaunanlagen, Videoüberwachung, Pforten zur Zugangskontrolle und den langen Fluren zu meist als Mehrbettzimmer zu nutzenden Räumen als architektonischen Mitteln, welche die Privatsphäre einschränken und den autoritären Charakter der kasernierten Unterbringung belegen. Auch die praxisferne, allein an der Erfüllung der Mindeststandards ausgerichtete Kücheneinrichtung macht deutlich, dass die Bedürfnisse der Bewohner\_innen kein Kriterium bei der Flüchtlingsunterbringung sind.

Der Umgebungsplan zeigt, dass die Flüchtlinge außerhalb regulärer Wohngebiete in einer ehemaligen NVA-Kaserne untergebracht sind. Sie liegt nur



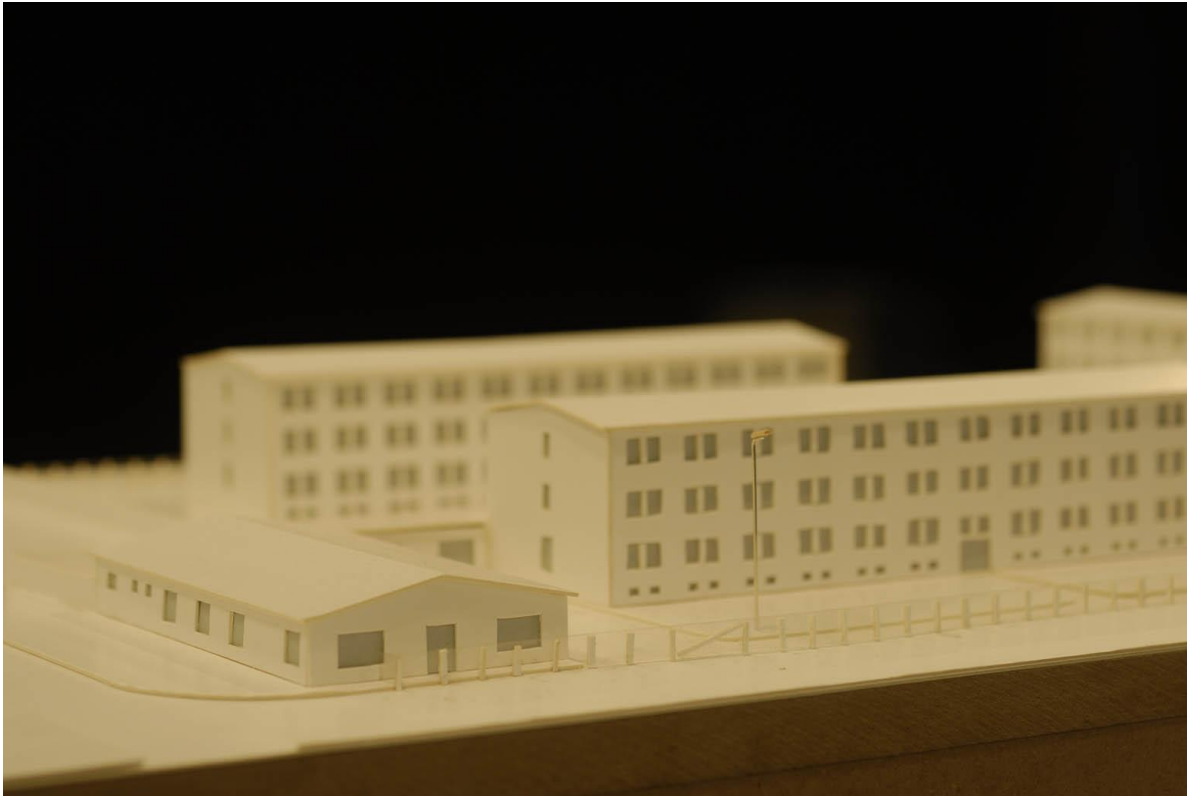


Abb. 7: Flüchtlingsheim Stolpe-Süd in Hennigsdorf, Landkreis Oberhavel

einen Kilometer vor der Berliner Stadtgrenze, deren Übertretung Asylbewerber\_innen wie auch Geduldete jedoch erst im 20 Kilometer entfernten Oranienburg beantragen müssen.

Jenseits der Stadtgrenze liegen auch zwei Discountsupermärkte, deren Nutzung allerdings nicht nur die Residenzpflicht, sondern auch die anstelle von Bargeld ausgegebenen Gutscheine entgegenstehen. Diese sind nur in bestimmten Geschäften in Hennigsdorf gültig, die auf einer weiteren Karte verzeichnet sind, und selbst dort nicht für alle Produkte. Die Gutscheine geben nicht nur vor, wo und was konsumiert werden kann, sondern „markieren“ auch bei jedem Bezahlvorgang die Einkaufenden als Flüchtlinge und Empfänger\_innen von Sozialleistungen. Negative Vorurteile gegenüber Flüchtlingen werden dabei verstärkt, nicht zuletzt weil oft unbekannt ist, dass ein absolutes oder faktisches Arbeitsverbot verhindert, den Lebensunterhalt selbst finanzieren zu können. Zusätzlich problematisch ist das Gutscheinsystem für diejenigen, die der Zwangsunterbringung entkommen wollen und, finanziert durch informelle Arbeit oder Freund\_innen, außerhalb des Flüchtlingsheims leben. Wer bei-

spielsweise in Berlin lebt und nur zu den zweiwöchentlichen Terminen der Gutscheinausgabe nach Hennigsdorf kommt, muss die Gutscheine unter Wert an Zwischenhändler\_innen weiterverkaufen oder ganz verfallen lassen, um nicht mit einem Großeinkauf nach Berlin zu fahren und damit die Gefahr einer Polizeikontrolle weiter zu erhöhen.

Eine Zeitleiste dokumentiert neben der Geschichte der Flüchtlingsunterbringung in Oberhavel auch verschiedene Initiativen von Heimbewohner\_innen und Unterstützer\_innen im Kampf gegen das Gutscheinsystem, gegen ein in den ersten Jahren bestehendes Besuchsverbot und für die Möglichkeit einer Unterbringung in Privatwohnungen, die nach langen Protesten inzwischen zumindest in Ausnahmefällen beantragt werden kann.

Um den Aufsteller zu Hennigsdorf sind von zwölf Orten an der „Außengrenze“ des Landkreises Fotos aufgehängt, die jeweils den Blick aus dem Landkreis heraus und in ihn hinein zeigen (Abb. 1 und 2). Die Bilder der Felder, Wiesen und Wälder, die allorts von der Infrastruktur durchkreuzt werden, visualisieren die Absurdität der verordneten Bewegungsgrenzen, die schon bei der nächsten Kreisreform einer neugezogenen Linie folgen könnten.

## **Die Arbeitsgruppe für Innere Sicherheit in Oberhavel**

Diese Grenze war auch Schauplatz der Gespräche, die wir mit Passant\_innen führten und aus denen Ausschnitte als Film in der Ausstellung gezeigt werden. Wir gaben uns dabei als Mitarbeiter\_innen einer imaginären „Arbeitsgruppe für Innere Sicherheit im Landkreis Oberhavel“ aus und informierten die zur Bushaltestelle oder zum Friseur eilenden Grenzgänger\_innen darüber, dass künftig jede Übertretung der Landkreisgrenze im Voraus in der Kreisstadt Oranienburg zu beantragen sei. Im Rahmen dieser „Bürgerinformation“ stießen wir auf nachvollziehbar wenig Verständnis der Anwohner\_innen, die durch die Antragspflicht für künftige „Reisen“ nach Berlin ihre Bewegungsfreiheit empfindlich eingeschränkt sahen. Eine Postbotin, die beruflich keine Schwierigkeiten mit der Regelung hätte, da ihr Zustellbereich auf den Berliner Stadtteil Hermsdorf beschränkt ist, und nur gelegentliche Reisen nach Süddeutschland genehmigen lassen müsste, reagierte dagegen eher mit Zustimmung darauf, dass so gegen „Kriminalität ganz allgemein“ vorgegangen werden soll. Die Maßnahmen sollten dann aber „hundertprozentig“ durchgeführt werden. Gleich-

zeitig stellte sie jedoch auch kritisch fest, dass man in dem Fall die Mauer auch gar nicht hätte öffnen müssen.

Während die Diskussionen dort, wo sie die Beschränkung der eigenen Bewegung betrafen, in fast allen Fällen von Ablehnung, Verständnislosigkeit und Zweifel am Nutzen und der Durchsetzbarkeit der von uns in Aussicht gestellten Kontrollwut geprägt waren, mussten wir beim Verweis auf die bereits bestehende Residenzpflicht für Flüchtlinge in der Mehrzahl der Gespräche Interesslosigkeit oder gar einen Umschwung der Argumentation feststellen. In dem Moment, wo von der Regelung nicht mehr die Bevölkerung allgemein betroffen war, sondern eine bestimmte Personengruppe, zu der anscheinend niemand der Angesprochenen persönliche Kontakte pflegt, sank die intuitive Ablehnung der Residenzpflicht rapide ab. Zum Teil wurden vorher festgestellte Ausmaße der Beschränkungen plötzlich relativiert. Es tauchte dann auch das alte Argument auf, dass „in Deutschland [niemand] verhungert [. . .], auch keine Asylbewerber.“<sup>5</sup> Aus diesem spricht ein Selbstverständnis der Ungleichheit, welches Asylbewerber\_innen kein menschenwürdiges Leben zugestehen will, sondern bloßes Überleben.

In grotesker Logik wird quasi als Beweis für eine Verfolgung im Herkunftsland gefordert, dass diese auch noch die letzte Entmündigung und schikanöse Behandlung dankbar hinnehmen.<sup>6</sup>

In drei der zwanzig Gespräche stellten die Gesprächspartner\_innen allerdings auch bezüglich der Residenzpflicht für Flüchtlinge in Frage, welchen gesellschaftlichen Nutzen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit haben soll und kritisierten die Regelung als Beschneidung selbstverständlicher Grundrechte. Es gibt sie noch, die kritische Öffentlichkeit, sie ist nur nicht gerade in der Überzahl.

---

<sup>5</sup> Ein Passant am 19. März 2009, der im Rahmen des Testdurchlaufs der „Bürgerinformation“ am Landwehrkanal in Berlin angesprochen wurde.

<sup>6</sup> Als Beispiel folgende Aussage eines Passanten, der am 19. März 2009 im Rahmen des Testdurchlaufs zur „Bürgerinformation“ am Landwehrkanal in Berlin angesprochen wurde: „[. . .] Ich kann's mir nicht vorstellen, dass irgendjemand in Deutschland lebend sagen würde: Ja, find ich ok. [. . .] Wenn man aber sagt, ich werde politisch verfolgt, oder ich habe Angst um mein' Leib und Leben, dann denke ich es ist nicht so schlimm, ein paar Einschränkungen hinzunehmen [. . .]“.

## **Das Flüchtlingsheim in Perleberg**

Der letzte Ausstellungsteil dokumentiert das Flüchtlingsheim in Perleberg im Brandenburger Landkreis Prignitz. Perleberg liegt etwa auf halber Strecke zwischen Berlin und Hamburg. Besonders zu den Zahrtagen finden am dortigen Bahnhof verstärkt Kontrollen statt, wenn die „illegal“ in diesen oder anderen Städten lebenden Flüchtlinge ankommen, um zu Fuß vier Kilometer weit durch das Industriegebiet, über die Umgehungsstraße und schließlich durch den Wald zum Flüchtlingsheim zu laufen, das ebenfalls in einem ehemaligen Kasernenkomplex untergebracht ist.

## **Chancen und Grenzen der Ausstellung**

Nach insgesamt acht Wochen Ausstellungszeitraum in drei Städten stellt sich die Frage, ob und wie die Ausstellung nun funktioniert. Die Unterschiedlichkeit der Orte – in Berlin die Raumerweiterungshalle des Vereins Selbstuniversität, die etwas versteckt gelegen ist, jedoch ein politisch wie künstlerisch interessiertes (teils Stamm-) Publikum erreicht, in Potsdam ein Raum in den Einkaufspassagen am Hauptbahnhof, an dem Passant\_innen mit unterschiedlichstem politischen und gesellschaftlichen Hintergrund vorbeikommen, und in Hannover das Kulturzentrum Pavillon in der Nähe des Hauptbahnhofs – bewirkte deutlich unterschiedliche Reaktionen. In Berlin waren es wenige Menschen, die kamen, die jedoch gezielt die Ausstellung sehen wollten und sich entsprechend umfangreich informierten. In Potsdam blieben zwar viele für einige Momente stehen, um zumindest die an der Eingangsseite ausgestellten Fotos und Zitate oder das Modell zum Asylverfahren kurz zu betrachten, doch es war nur ein ganz kleiner Teil, der sich weiter in die Ausstellung vorwagte und intensiver damit beschäftigte.

Häufig war es schon die für das Verständnis der Inhalte notwendige Differenzierung der betroffenen Personengruppen, die überfordernd wirkte, wie sich in Gesprächen mit einzelnen Besucher\_innen zeigte, die kaum eine Unterscheidung zwischen Asylbewerber\_innen, Geduldeten, anerkannten Flüchtlingen, Migrant\_innen oder deren Nachkommen machten. Unter dem Oberbegriff „Ausländer\_innen“ vermischten sich immer wieder Vorurteile, Halb- und Falsch-

informationen zu einem diffusen Negativbild,<sup>7</sup> dem argumentativ in Gesprächen nur schwer, noch weniger aber allein durch die Ausstellungstexte begegnet werden konnte. Die hobbypsychologische Analyse der Gesichter derer, die nach kurzem Stehenbleiben und wenigen Blicken ihre Wege fortsetzten, lässt befürchten, dass sich bei einem überwiegenden Teil der Leute schlichtweg Desinteresse breitmachte, sobald sie das Thema erfasst hatten. Im Vergleich zu den meist gut besuchten Veranstaltungen in Berlin und Hannover war in Potsdam auch das Interesse an den Vorträgen, Filmvorführungen und Diskussionen, die im Rahmen der Ausstellung stattfanden, gering.

Diverse Anfragen weiterer Orte zeigen, dass es von der Seite potentieller Aussteller\_innen ein spürbares Interesse am Thema gibt, so dass sich die Frage stellt, auf welche Weise, an welchen Orten und mit welchen Veranstaltungen sich dafür auch stärkeres Interesse beim Publikum wecken lässt.

Im Fall von Potsdam könnte man versuchen, sich die magere Resonanz mit dem Wettbewerb um Aufmerksamkeit in der Einkaufspassage – Kinoposter, beworbene Handyverträge, gebrannte Mandeln und Halloween-Attraktiönchen – schönzureden, oder durch die Zeit- und Rastlosigkeit der Leute allgemein, aber das kann alles nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ausstellung außerhalb sceneinterner Elfenbeintürme noch lange nicht so gut funktioniert wie sie sollte. Es drängt sich die Vermutung auf, dass die Art der Präsentation zu vorsichtig ist und eine laute Provokation fehlt, die Passant\_innen zwingen würde, auch im Vorbeigehen eine Position zu beziehen. Stattdessen erschließen sich die Inhalte erst beim genaueren Betrachten oder bei der Bewegung durch die Ausstellungsteile.

Wie sinnvoll kann es aber sein, eine Ausstellung zu zeigen, die in erster Linie die ohnehin schon geneigten Besucher\_innen davon überzeugt, wovon sie sowieso überzeugt werden wollen? Wie notwendig, hilfreich oder gerechtfertigt ist es in so einem Fall, der ästhetischen Umsetzung der Inhalte eine vergleichsweise hohe Bedeutung zuzuordnen und ein Projekt, das ursprünglich nicht als Wanderausstellung konzipiert war, mit entsprechend großem Aufwand an neuen Orten aufzubauen?

Die Notwendigkeit, möglichst viele Menschen zu diesem Thema zu informieren,

---

<sup>7</sup> Dies gipfelte im Extremfall in Aussagen wie der, dass „die Scheiß-Ausländer [...] nämlich das Problem [sind], und die müssen weg!“, oder dass Ausländer\_innen „mit ihrem Voodoo-Glauben“ grundsätzlich nicht in „unsere High-Tech-Gesellschaft“ passten. Häufig waren es weniger direkte, aber nicht zwangsläufig weniger abstruse Einschätzungen, welche die Gespräche in eigenartige Richtungen lenkten.

besteht nach wie vor, und so wird die Ausstellung auch in nächster Zeit ein Experiment bleiben, das im Idealfall mit den richtigen Veränderungen und mit dem richtigen Rahmenprogramm ein kleiner Baustein sein könnte, um in zunehmend breitem Bündnis für Veränderungen einzutreten.

## Nachwort

Am 22. Januar 2010, kurz nach Fertigstellung dieses Artikels, transportierte ich die Ausstellung von Hannover nach Zossen, wo sie im Haus der Demokratie aufgebaut und gezeigt werden sollte. Am nächsten Morgen erfuhr ich, dass wenige Stunden nachdem wir eingeladen hatten das Haus in Flammen stand und bis auf die Grundmauern niederbrannte. Die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“, die sich gegen die örtlichen Strukturen von Neonazis, gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt engagiert, hatte das Haus im September 2009 eröffnet und verlor in jener Nacht ihre Räume, ihr Material, ihre Bibliothek, eine Ausstellung zu jüdischem Leben in Zossen und viel Arbeit. Auch die Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“ wurde vollständig zerstört.

Der Brandanschlag stellt den Höhepunkt einer ganzen Serie von Angriffen auf das Haus und Drohungen gegen dessen Nutzer\_innen dar, und das in einer Stadt, in der die öffentliche Stimmung rechter Gewalt immer wieder tatenlos gegenübersteht oder diese gar nicht erst wahrnimmt. Noch vor dem brennenden Haus äußerte die Bürgermeisterin den Vorwurf, dass die Bürgerinitiative an der Sache selbst mit Schuld trage, da sie „zu links“ sei. Inzwischen hat ein 16-Jähriger gestanden, das Feuer gelegt zu haben und als Motiv seine rechtsradikale Gesinnung angegeben.

Die Bürgerinitiative ist fest entschlossen, ihre Arbeit fortzusetzen und in einem Ersatzobjekt ein neues Haus der Demokratie zu eröffnen, das Zossen augenscheinlich dringend nötig hat.

Für unsere Ausstellung bedeuten die Ereignisse einen schweren Rückschlag, doch so wie es aussieht nicht das Ende. Von verschiedenen Seiten wurde Unterstützung zugesichert und schon zwei Wochen nach der Zerstörung hat sich eine Gruppe gegründet, um die Rekonstruktion zu organisieren. Ein Neubau bedeutet eine ärgerliche Verzögerung und noch einmal sehr viel Arbeit, gibt uns dabei aber die Chance, konzeptionelle Veränderungen in Anbetracht



der gesammelten Erfahrungen vorzunehmen und hoffentlich schon bald eine Ausstellung präsentieren zu können, die ein größeres Publikum ansprechen kann (und die nebenbei auch besser transportabel ist) als die ursprüngliche.

### **Literaturempfehlungen:**

An Architektur Nr. 12: *Geografie des Ausreisezentrums Fürth*, Berlin 2004.

Förderverein The Voice e.V.: *Einblick in den Kampf gegen die Residenzpflicht*, Göttingen 2007.

Tobias Pieper: *Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik*, Münster 2008.

Beate Selders: *Keine Bewegung: Die 'Residenzpflicht' für Flüchtlinge – Bestandsaufnahme und Kritik*, Berlin 2009.

Hubert Heinhold: *Recht für Flüchtlinge. Ein Leitfaden durch das Asyl- und Ausländerrecht für die Praxis*, 6. Auflage, Karlsruhe 2007.

Der gesamte Band ist abzurufen unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:11-100199292>.